

«Italien ist noch schlimmer als Griechenland»



Griechen demonstrieren vor dem Parlament in Athen gegen die Sparmassnahmen. Reuters/John Kolesidis

EURO Die europäische Währung fällt und fällt. Das trifft auch die Schweizer Wirtschaft hart. Professor Maurice Pedernana malt ein wenig ereufliches Bild.

INTERVIEW STEFAN WALDVOGEL
stefan.waldvogel@luzernerzeitung.ch

Angela Merkel und Nicolas Sarkozy haben sich am Wochenende über einen «freiwilligen» Beitrag der Privatgläubiger im Fall von Griechenland geeinigt. Wann kommt die Umschuldung?

Maurice Pedernana*: Die Finanzmärkte haben die Umschuldung schon vorweggenommen. Das zeigen etwa die Kurse der griechischen Staatsanleihen. Je nach Laufzeit liegen sie bei etwa 60 Prozent. Das zeigt: Der Markt glaubt nicht daran, in ein paar Jahren 100 Prozent zu erhalten. Jeder tatsächlich bezahlte Kurs einer Anleihe sagt etwas anderes als die Politik im Elfenbeinturm. Diese bleibt aber vorerst noch beim Irrglauben, dass Griechenland seine Schulden in dieser Höhe zurückzahlen kann, zwar nicht fristgerecht, aber verzögert.

Was glauben denn Sie?

Pedernana: Wer Bilanzen lesen kann, sieht: Es wird unmöglich sein, dass Griechenland seine Staatsschulden von 340 Milliarden Euro zurückzahlen kann. Für mich ist nur die Frage: Wie hoch wird der Ausfall auf die Staatsanleihen sein? Der Markt rechnet derzeit mit einem sogenannten Haircut, einem Schuldenschnitt, in der Grössenordnung von 50 Prozent. Wenn die Schulden noch halb so hoch wären, könnte dies für die Griechen verkraftbar sein. Es ist immer noch schmerzhaft, aber verkraftbar – und das ist wichtig.

Wieso kommt die Umschuldung nicht früher?

Pedernana: Die Europäische Zentralbank hält krampfhaft daran fest, dass es weniger weit reichende Lösungen gebe. Gleichzeitig will die Politik zu Recht den Druck hoch halten. Es nützt schliesslich auch nichts, die Schulden zu halbieren, und sonst passiert in Griechenland nichts. Der Weg zur Umschuldung scheint mir klar, allerdings sind die Regierungen von Frankreich und Deutschland in einer Art permanentem Wahlkampf. Da macht es sich schlecht, den Griechen einfach Geld zu schenken.

Würde ein Austritt Griechenlands aus der Eurozone etwas bringen?

Pedernana: Das ist eine Illusion. Dadurch würde sich für die Einheitswährung nichts ändern, die anderen Länder mit hohen Schulden gerieten einfach stärker in den Fokus.

Gibt es sonst einen Ausweg?

Pedernana: Die Europäische Zentralbank ist daran, ihre Glaubwürdigkeit endgültig zu verspielen. Sie muss innerhalb der nächsten zwölf Monate eine ganz konkrete Umschuldung bei mindestens drei Ländern vorschlagen. Neben Griechenland betrifft es Portugal und Irland. Ohne einen solchen Plan verliert die Eurozone gegenüber den anderen Regionen der Welt noch weiter an Bedeutung. Was mich beschäftigt, sind aber nicht nur die vergleichsweise kleinen Länder am Rand der Eurozone.

Sondern?

Pedernana: Für mich noch fast schlimmer sind die grossen Probleme der grossen Staaten in der Mitte: hier vorab Italien und Frankreich. Sie haben es auch in den guten Zeiten nicht geschafft, ihre Defizite abzubauen. Zusammen mit den neuen EU-Ländern, die schon vom ersten Tag an am Subventionstropf hängen, gibt das einen stetig anschwellenden Schuldenberg.

Was wäre das Gegenmittel?

Pedernana: Die EU ist politisch wertvoll, der Euro als Einheitswährung aber eine Fehlkonstruktion. Für mich ist klar, früher oder später braucht der Euro-Wirtschaftsraum eine einheitliche Wirtschaftspolitik. Die Nationen müssen einen grossen Teil der Souveränität in Steuerfragen, Arbeitsrecht usw. aufgeben, sonst hat Europa in der Weltwirtschaft bald noch mehr Probleme. Während viele Staaten in Asien, aber auch in Lateinamerika wachsen, scheint die Eurozone derzeit fast gelähmt. Da kommen auch Industrie-

nationen wie Deutschland alleine nicht mehr weit.

Wieso sollen die nationalen Politiker grosse Teile ihres Einflusses abgeben, schliesslich ist es überall populär, gegen die Brüsseler Eurokraten zu sein?

Pedernana: Das ist Teil des Problems. Aber gegen Brüssel sein ist für



«Als Volkswirtschaftsminister wäre mir jedenfalls angst und bange.»

MAURICE PEDERGNANA

mich das falsche Argument. Die Beispiele Griechenland und Portugal haben ja gezeigt, dass nationale Regierungen schalten und walten konnten, wie sie wollten. Ich gehe davon aus, dass Frau Merkel bei den Franzosen weiterhin Druck macht und von ihnen weitere Zugeständnisse in diese Richtung erhält. Ökonomisch ist klar, dass eine einheitliche Währung auch eine einheitliche Wirtschaftspolitik braucht. Aber bekanntlich funktioniert die Politik anders.

Auch die EU-Kommission hat ihre Glaubwürdigkeit verloren. Sie hat jahrelang nicht gemerkt, wie sie von Griechenland an der Nase herumgeführt wurde?

Pedernana: Ja, das ist leider wahr. Für mich ist das auch ein Zeichen dafür, dass politische Interessen vor den wirtschaftlichen Realitäten kommen. Auch die Europäische Zentralbank ist nur beschränkt unabhängig. Das ist gefährlich, weil sie so selber zum Spielball wird und das nötige Vertrauen in die Unabhängigkeit kaum wiederherstellbar ist. Derzeit ist für mich der Internationale Währungsfonds die einzig wirklich unabhängige Stelle, die der EU kritisch auf die Finger schaut. Der IWF fordert eine einzige Industrie-, Fiskal- und Geldpolitik für einen einheitlichen Wirtschaftsraum. Davon ist die Eurozone noch weit entfernt.

Welche Folgen erwarten Sie von der Krise für die Schweizer Wirtschaft?

Pedernana: Der Euro wird nochmals schwächer, der Franken noch stärker. Das passiert so schnell, dass sich die Wirtschaft kaum anpassen kann. Ich erwarte die Verlagerung von sehr vielen Arbeitsplätzen ins Ausland. Das wird eine «Deindustrialisierung» geben, wie wir sie in den vergangenen Jahren noch nie gesehen haben. Der Werkplatz Schweiz wird massiv leiden. Als kleine Insel sind wir den Stürmen massiv ausgesetzt. Das gilt auch für die Nationalbank, sie ist de facto nicht handlungsfähig. Sie müsste die Zinsen erhöhen, kann aber wegen des starken Frankens nichts machen. Als Volkswirtschaftsminister wäre mir jedenfalls angst und bange.

Wieso?

Pedernana: Es gibt keine einfachen Rezepte gegen die Frankenstärke, und vor allem das Tempo überfordert viele exportorientierte Firmen. Die Politik kann höchstens versuchen, die Firmen beim schnellen Umbau zu begleiten. Aber auch hier stimmen die beiden Tempi überhaupt nicht überein.

Was raten Sie als Ökonom?

Pedernana: Die Schweizer Wirtschaft muss sich noch stärker vom Euroraum lösen und unabhängiger machen. Das Wachstum wird auch in den nächsten 20 Jahren vorab von Ländern wie China, Indien und Brasilien bestimmt. Die Eurozone wird an Bedeutung verlieren. Das ist für viele schmerzhaft, aber für mich eine Realität.

Wie viele Arbeitsplätze dürften wegen der Euroschwäche in den nächsten zwei Jahren verloren gehen?

Pedernana: Das ist schwer vorherzusehen. Erst kürzlich hat Alu Menziken bekannt gegeben, dass Aluteile für die Flugzeugindustrie nicht mehr in der Schweiz, sondern in Rumänien gefertigt werden. Das dürfte so weitergehen und zeigt, dass es künftig auch vermehrt anspruchsvollere Jobs sind, die hier verschwinden werden. Und die kommen auch nicht mehr zurück, falls der Franken einmal schwächer werden sollte. Was ich aber, wie erwähnt, wirklich nicht erwarte.

HINWEIS

► * Maurice Pedernana ist Professor und Studienleiter am Institut für Finanzdienstleistungen der Hochschule Luzern. ◀

Eurozone feilscht über neue Notkredite

LUXEMBURG mt/bu. Griechenlands neuer Finanzminister Evangelos Venizelos gilt als einer der intelligentesten Politiker des Landes. Sein aufbrausendes Temperament stand seiner Politikarriere bislang stets im Wege. An der Sitzung der EU-Finanzminister in Luxemburg kann er sich in Geduld und Zurückhaltung üben.

Zwar haben sich Angela Merkel und Nicolas Sarkozy am Wochenende über die Grundprinzipien eines weiteren Rettungspaketes für Griechenland geeinigt. Doch noch immer waren viele Details offen, als die 17 Finanzminister der Eurogruppe gestern Abend in Luxemburg ihre Beratungen begannen. Neben der absehbaren Zustimmung zur nächsten Tranche von 12 Milliarden Euro aus dem bisherigen Rettungspaket geht es vor allem um die Bedingungen für ein weiteres Hilfspaket von bis zu 120 Milliarden Euro. Vieles spricht gegen eine schnelle Lösung. So zum Beispiel

fordert der Internationale Währungsfonds von der europäischen Seite deutlich präzisere Zusagen zur Deckung der griechischen Finanzierungslücke. Zudem wird laut Eurogruppenchef Jean-Claude Juncker auch über die Frage diskutiert, wie weit die Beteiligung privater Gläubiger gehen kann und darf.

Deutschland fordert Taten

Der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble wies darauf hin, dass auch Griechenland die nötigen Entscheidungen treffen muss, um die nächste Hilfstranche zu erhalten. «Griechenland muss die nötigen Voraussetzungen erfüllen, damit die nächste Tranche rechtzeitig ausgezahlt werden kann», betonte er gestern.

Der griechische Finanzminister Evangelos Venizelos sprach von einer «grossen Verpflichtung der griechischen Regierung». Es sei eine gute Möglichkeit, «den Willen des griechischen Volkes zu zeigen, die Pro-

gramme auch mit Hilfe unserer Partner» umzusetzen.

Merkel und Sarkozy hatten sich am Freitag darauf geeinigt, dass die Beteiligung privater Gläubiger freiwillig sein soll. Dies sorgte am Wochenende in Deutschland für heftige Kritik an Merkel. Sie hatte der Koalition zugesichert, sich für eine umfassende Beteiligung der privaten Gläubiger Griechenlands einzusetzen. CDU- und CSU-Politiker sprachen denn auch von einem Etikettenschwindel, da sich private Gläubiger nicht freiwillig an einem substanziellen Schuldenschnitt beteiligen werden. Die Europäische Zentralbank hatte dagegen argumentiert, dass ein Beharren auf einer verpflichtenden Beteiligung der privaten Gläubiger dazu führt, dass die Ratingagenturen dies als Zahlungsausfall werten. Damit wachse die Ansteckungsgefahr für weitere Länder der Eurozone.



Der griechische Finanzminister Evangelos Venizelos.

REUTERS